

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Mittwoch (Vormittag), 2. September 2020 / Mercredi matin, 2 septembre 2020

**Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion /
Direction de la santé, des affaires sociales et de l'intégration**

19 2020.RRGR.120 Motion 085-2020 Imboden (Bern, Grüne)
Applaus reicht nicht: Es braucht ein kantonales Massnahmenpaket für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen in der Pflege, Betreuung, Schule, im Sozialbereich und in der Kinderbetreuung (KITA)

19 2020.RRGR.120 Motion 085-2020 Imboden (Bern, Les Verts)
Applaudir ne suffit pas : des mesures doivent être prises pour améliorer les salaires et les conditions de travail dans les domaines des soins et de l'accompagnement, de l'enseignement, du social et de l'accueil extrafamilial

Präsident. Wir kommen zum Traktandum Nummer 19, einer Motion von Grossrätin Imboden. Die Regierung empfiehlt sie zur Ablehnung. Ich übergebe die Ratsführung dem Vizepräsidenten.

Der Vizepräsident, Herve Gullotti, übernimmt den Vorsitz. / Le vice-président Hervé Gullotti prend la direction des délibérations.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. Point de l'ordre du jour numéro 19 : il s'agit d'une motion, le débat est libre. Le gouvernement propose le rejet ; je laisse la parole à l'auteure de la motion, Mme la députée Imboden.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). «Applaus reicht nicht» – das ist der Vorstoss, über den wir jetzt diskutieren. Erinnern Sie sich an den 20. März dieses Frühlings? Einige von Ihnen haben wahrscheinlich an diesem Freitag – es war ein Freitag – mitten im Lockdown irgendwo auf einem Balkon applaudiert für das, was das Personal – insbesondere in den Spitälern, in der Pflege, aber natürlich auch sonst in diesem Land – geleistet hat, landauf, landab. Es wurde applaudiert, es gab Hashtags – «Die Schweiz sagt Danke» –, und das Anliegen erhielt auch sehr viel mediale Präsenz. Nicht nur das Pflegepersonal, sondern eben auch die Beschäftigten in der Logistik, in der Verteilung der Grundnahrungsmittel, in der Kantonsverwaltung selber, in den Schulen haben einen ausserordentlichen Beitrag geleistet, um die grosse Herausforderung der Corona-Krise zu meistern, und viele davon sind natürlich auch jetzt noch damit beschäftigt. Die einen waren direkt in den Spitälern, in den Pflegeheimen im Kontakt und haben auch grosse Gefahren auf sich genommen, andere waren sehr gestresst, weil sie ausserordentliche Dienste leisten mussten. Die Motion fordert, dass der Applaus, der am 20. März, aber auch vorher und nachher, symbolisch visualisiert wurde, nicht nur ein Applaus ist, der virtuell war, der symbolisch war, sondern dass wir hier als Grosser Rat auch überlegen: Was bedeutet denn das, zu applaudieren? Wir wissen alle: Applaus allein kostet nichts, aber mit Applaus allein – der zwar wichtig ist – sind viele Themen noch nicht abgehandelt.

Die Regierung anerkennt in der Motion, die sie ja sonst ablehnt, zwar den Einsatz all der Menschen, die ihn geleistet haben, sagt dann aber, das Zielpublikum sei unklar, sie seien nicht zuständig und es koste zu viel. Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Motionärin ist es mir ganz klar, dass der Kanton nicht die Verantwortung übernehmen kann für die gesamte Wirtschaft, für alle Beschäftigten. Er ist nicht in dem Sinne verantwortlich. Aber – und das scheint uns trotzdem wichtig –: Wir als Grosser Rat, als Verantwortliche für diesen Kanton, haben trotzdem eine Mitverantwortung, hier mit einem guten Beispiel voranzugehen. Die öffentlichen Spitäler gehören zu 90 Prozent dem Kanton Bern, die Altersheime werden vom Kanton mitfinanziert, die Kitas – das haben wir gestern diskutiert – werden zu einem grossen Teil auch vom Kanton mitfinanziert, die Schulen sind unser direkter Einflussbereich: Von daher ist es durchaus möglich, hier diese Diskussion zu führen. Mir ist durchaus bewusst, dass dieser Vorstoss viel will, aber vielleicht ist es auch möglich, einzelne Schritte in diese Richtung zu machen, und wir haben ja gehört, dass in der Kantonsverwaltung – in einer Direktion zumindest – die Leistungszulagen erhöht worden sind. Dort also, wo der Kanton direkt zu-

ständig ist, hat er feststellen müssen, dass hier das Personal Ausserordentliches geleistet hat und dies auch verdient. Es ist auch nicht so, dass wir absolut die Einzigen wären: Die Post hat zum Beispiel im Juni eine Einmalzulage von 500 Franken an Mitarbeitende gezahlt. Nicht an alle, nein, nicht an alle, denn es waren sicher auch nicht alle gleich betroffen. Sie hat es jenen gezahlt, die zuvor, an der sogenannten Front, gearbeitet haben, und jenen, die wegen dieser Krise eine hohe Arbeitsbelastung hatten. Das zeigt: Es ist möglich, hier Kriterien zu finden. Die Regierung schreibt in ihrer Antwort, es würde hunderte Millionen von Franken kosten, es seien Hunderttausende von Beschäftigten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht müssen wir hier ein wenig genauer hinschauen. Das ist mir durchaus bewusst. Die Motion verlangt eine einmalige Zulage für das Jahr 2020, das ist Punkt 1. Wir sind aber auch der Meinung. Wir müssen nachher genauer hinschauen. Ist es nicht denn so, dass das Pflegepersonal in den Altersheimen jetzt mit diesen ausserordentlichen Leistungen nicht doch vielleicht bei den Lohnanstiegen einen gewissen Spielraum gegen oben haben muss? Da muss der Kanton mithelfen zu finanzieren, wenn auch klar ist, dass die Altersheime eigene Trägerschaften haben – aber es ist Kantonsgeld. Das gilt auch in verschiedenen anderen Bereichen.

Fazit: Applaus reicht eben nicht. Wir wollen, dass sich hier der symbolische Applaus nachher auch in eine materielle Leistung umwälzt. Es ist klar: Es braucht Diskussionen. Wenn wir heute diese Motion überweisen, können wir einen eigenen Schritt machen, hier die Klärung in Gang zu setzen. Von daher: Erinnern Sie sich an den 20. März und helfen Sie, diese Motion in allen drei Punkten zu überweisen.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. Il n'y a pas de co-motionnaire-s, je laisse la parole donc aux groupes. Le premier à s'exprimer, celui du parti PS-JUSO-PSA : Mme la députée Tanja Bauer.

Tanja Bauer, Wabern (SP). In der Corona-Krise standen jene an der Front, die sonst wenig Wertschätzung erfahren. Für einmal waren sie sichtbar, und wir haben ihnen auch applaudiert. Es war ein grosses Danke an die Pflegemitarbeiterinnen und Pflegemitarbeiter, an die Kita-Frauen, an die Fahrerinnen und Fahrer im ÖV, an die Verkäuferinnen und das Reinigungspersonal und an alle, die draussen weitermachen mussten, sodass wir als Gesellschaft buchstäblich überleben konnten und das Leben nicht zusammenbrach. Aber Applaus reicht nicht. Was kommt jetzt? Die Leute, die dafür gesorgt haben, dass wir als Gesellschaft überleben konnten, machen das nämlich immer, nur merken wir es meistens nicht oder nehmen es als selbstverständlich wahr. Schlechte Löhne, harte Bedingungen und wenig Wertschätzung: Wer es wissen wollte, konnte schon vor der Corona-Krise wissen, dass es in diesen Berufen so ist. Jene, die in der Krise das Rückgrat der Gesellschaft waren, sind nämlich schon seit Jahren am Limit.

Die Coronakrise hat viele hart getroffen: die Kioskfrau, die ihre Arbeit verloren hat, der Buchhalter, der seit Monaten in Kurzarbeit ist und nicht weiss, ob sein Unternehmen überlebt, die Selbstständige, die keine Aufträge und extremen Druck hat und nicht weiss, wie es weitergehen soll. Es kann nicht sein, dass wir anfangen, die einen gegen die anderen auszuspielen. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion solidarisiert sich mit allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und setzt sich mit verschiedenen Vorstössen dafür ein, dass wir solidarisch aus dieser Krise herauskommen. Bessere Löhne und Arbeitsbedingungen in der Pflege, Betreuung, Schule, im Sozialbereich und in der Kinderbetreuung, wie es diese Motion fordert, sind dabei nicht nur fair – sie sind absolut unverzichtbar für unsere Gesellschaft. Meine Fraktion wird diesen Vorstoss selbstverständlich unterstützen.

Hans-Peter Kohler, Spiegel b. Bern (FDP). Dieser Vorstoss mag ja sehr populär tönen – für mich und die Fraktion eigentlich ein Tribünenvorstoss mit einem satten Anteil an Standes-, Gewerkschafts- und Verbandspolitik. Man kann dem auch «Ausschlachten von Covid» sagen.

Erklären Sie uns bitte, Grossrätin Imboden, welche Berufe wirklich systemrelevant sind und welche eben gerade nicht. Anfangen aufzuzählen ist noch einfach, aber wo setzen Sie denn das Ende, und welche Berufe sind das? Soll denn unser Gesundheitsdirektor eine Liste erstellen mit diesen Berufen? Wie soll man es machen, wenn er dabei einen vergisst? Überlegen Sie sich doch das. Nach welchen Kriterien will man das machen? Das Drehbuch des Ratspräsidenten erlaubt wohl leider nicht, dass wir hier eine Konsultativabstimmung machen und schauen könnten, ob die 160 Grossrätinnen und Grossräte in systemrelevanten Berufen arbeiten. Es wäre ja noch spannend, von wie vielen Leute grüne Lämpchen leuchten würden, die sich als systemrelevant anschauen in ihrem Beruf. Das wäre noch spannend – vielleicht können wir das ja am Schluss noch machen.

Die Pflege ist als Erstes erwähnt. Man muss einfach auch sagen: Viele Pflegende waren während dieser Krise zu Hause. Darüber wird zu wenig geredet: chirurgische Abteilungen, orthopädische Abteilungen, die Minusstunden gemacht haben. Welchen Pflegenden will man dann zum Beispiel Auszahlungen machen? Soll der Gesundheitsdirektor die Dienstpläne einfordern und schauen, wer die Zwölf-Stunden-Schichten leisten musste? Das Ganze ist einfach sehr populistisch, und wenn man es herunterbricht, geht der Vorstoss einfach nicht auf. Ich unterstelle Grossrätin Imboden sogar ein wenig – vielleicht ist es eine Unterstellung, vielleicht habe ich nicht recht –, dass sie auch der Pflegeinitiative auf Bundesebene noch gerade ein wenig zudient. Ich weiss, es geht nicht nur um die Pflege, aber es ist ein wichtiger Teil, man konnte das auch in den Medien sehen. Die FDP-Fraktion lehnt diesen Vorstoss einstimmig ab. Auch die FDP-Fraktion wertschätzt die ausserordentlichen Leistungen ganz vieler Berufsgruppen, aber das ist nun wirklich nicht der Weg.

Haşim Sancar, Bern (Grüne). Während der Coronakrise, die leider noch andauert, vor allem aber während der Lockdown-Zeit, haben Berufstätige in den Bereichen Pflege, Altenbetreuung, Schule, Soziales und Kleinkinderbetreuung eine unermüdliche und hervorragende Arbeit geleistet. Wir waren und sind froh, dass wir, vor allem dank dem Engagement der Berufstätigen in diesen Branchen, ein funktionierendes Sozial- und Gesundheitssystem haben. Diese Realität zeigt sich deutlich in Zeiten von Krisen, es ist aber eigentlich ein alltägliches Phänomen. Die Arbeit im Pflegebereich zum Beispiel ist geprägt von anstrengenden Schichten, unregelmässigen Arbeitszeiten und ständigen Änderungen in der Planung. Dazu kommen die autoritären Hierarchien und der Druck, der die Begleitung von Patienten und Patientinnen in ihrem Heilungsprozess zeitlich massiv einschränkt. Deshalb verlassen viele – bis zur Hälfte – des Pflegefachpersonals ihren Beruf. Ähnliches gilt für die anderen Berufsgruppen. Es gibt aber auch eine andere Realität: nämlich, dass vor allem Frauen in diesen Berufsbereichen tätig sind und dass ihre Löhne trotz anspruchsvoller und wertvoller Arbeit im Vergleich zu anderen Berufsbereichen niedrig sind. Dies kann historisch bedingt mit der Rolle der Frau zu tun haben, muss sich aber in einer modernen, egalitären und demokratischen Gesellschaft dringend ändern. Hier bietet sich die Gelegenheit, mit einer einmaligen Prämie im Jahr 2020 all unseren Angestellten in den oben erwähnten Bereichen für ihr Engagement und die wertvolle Arbeit generell und besonders in der schwierigen Krisenzeit zu danken.

Doch neben Applaus und einer einmaligen Prämie müssen wir diese Berufsgruppen mit gerechten Löhnen aufwerten. Die Motion verlangt vom Regierungsrat ein Massnahmenpaket mit strukturellen Anpassungen für die Verbesserung der Löhne und der Anstellungsbedingungen in den Arbeitsbereichen der sozialen Infrastrukturen. Dies sollte bereits mit dem Voranschlag (VA) 2020/2021 sowie im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2022 bis 2024 geschehen. Diese Anpassungen betreffend die Bewertung der geleisteten Arbeit sollten ebenfalls bei den Leistungserbringenden mit Verträgen erfolgen. Die Grünen unterstützen diese Forderungen gerne. Die coronabedingt steigende Arbeitslosigkeit trifft auch andere Dienstleistungssegmente, und das beschäftigt uns selbstverständlich. Deshalb versuchen wir, uns immer wieder für die Betroffenen einzusetzen. In dieser Motion geht es uns aber um Berufsgruppen, die vor allem von der öffentlichen Hand direkt beeinflusst werden können. Da – wie vorher gesagt – die Definition betreffend diese Gruppe nicht einfach ist, würden einige Kollegen aus unserer Fraktion den Punkt 1 lieber als Postulat unterstützen. Zurück zum Motionsinhalt: Wie können wir diese Massnahmen finanzieren? Liebe Leute, wir machen natürlichen und juristischen Personen in einer der unsichersten und schwierigsten Zeiten Steuergeschenke. Mit dem Verzicht auf diese Steuerreduktionen können wir diese Massnahmen wenigstens teilweise umsetzen. Die grüne Fraktion bittet Sie, den Vorstoss zu unterstützen.

Anita Herren-Brauen, Rosshäusern (BDP). Die BDP-Fraktion sagt nicht, wir wollen nicht wertschätzen. Es ist einfach der falsche Ansatz in dieser Motion. Die vorliegende Motion verlangt drei Punkte: einen Bonus für systemrelevante Berufe, dass man im AFP die vorgesehenen Ausgaben für Löhne erhöhen soll und dass man dort, wo es nicht direkt möglich ist, doch in den Leistungsvereinbarungen dahingehend Anpassungen macht. Für die Fraktion BDP ist die Antwort des Regierungsrates schlüssig. Boni auf die gewünschte Art zu verteilen, schafft Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, und auch zusätzliche Gelder im AFP einzustellen, können wir uns in der jetzigen Situation schlicht nicht leisten. Der Regierungsrat hat dies ausführlich dargelegt. Die BDP-Fraktion lehnt diese Motion in allen drei Punkten ab.

Margret von Bergen, Uetendorf (EVP). Applaus als Wertschätzung allein genügt tatsächlich nicht. Darüber ist sich die Fraktion der EVP einig. Die geleistete Arbeit in den aufgeführten Bereichen der

Motion ist mit grossem psychischem und emotionalem Aufwand verbunden – ich denke, jetzt gerade besonders und zusätzlich in dieser Corona-Zeit. Beurteilen, was das heisst, können mit grösster Wahrscheinlichkeit wirklich nur jene Personen, die in diesen Bereichen arbeiten. Trotz dieser Erkenntnisse ist die Forderung eines pauschalen Bonus in Punkt 1 für sogenannt systemrelevante Gruppen, die wirklich nicht abschliessend eingrenzbar sind, somit nicht gerecht und auch nicht ausführbar. Zudem fehlt dort wirklich auch ein nötiger Nachhaltigkeitseffekt, denn Boni sind sehr schnell verpufft. Die betroffenen Institutionen und Arbeitgeber sind hier aber auch aufgefordert, ihrem Personal gezielte Wertschätzungen zu zeigen, und das kann in monetärer Form sein, oder sonst Wertschätzungen. Ich weiss: Das wurde in Betrieben schon ausgeführt, und ich finde das toll. Es kann hier nicht nur vom Kanton gefordert werden. Auch der Punkt 2 ist in der Vielfalt der Berufe und auch durch die gesetzlichen Grundlagen nicht realisierbar. Im ersten Moment macht das zwar den Anschein, aber es ist schlussendlich nicht zielführend. Beim Punkt 3 bezüglich der Leistungserbringer schlägt die EVP-Fraktion vor, das als Postulat anzunehmen, weil es durchaus sinnvoll ist, da mal hinzuschauen und Arbeitsplatzbewertungen zu machen. Der Kanton gibt Stellenrichtpläne auch gerade im Altersbereich vor, damit man schaut: Genügt das überhaupt immer noch? Ich denke, dort gibt es Handlungsbedarf, denn oft wird von den Pflegenden zurückgemeldet, dass nicht primär der Lohn das Problem ist, sondern zu wenig Personal. Ich denke, mit einem Postulat könnte man dort einmal näher hinschauen.

Die EVP-Fraktion lehnt alle Punkte als Motion ab. Wie schon erwähnt: Den Punkt 3 könnte sie als Postulat unterstützen.

Barbara Stucki, Stettlen (glp). Ich bin mit der Motionärin absolut einig: Klatschen reicht nicht. Ich persönlich habe diese Klatsch-Aktion vom Balkon aus sogar eine ziemlich groteske Art gefunden, Menschen «Merci» zu sagen, die auch während der Pandemie ihren Job gemacht haben und das grundlegende System am Laufen gehalten haben. Was in der Motion verlangt wird, ist aus der Sicht der Grünliberalen aber auch keine Lösung. Grossrat Kohler von der FDP hat mir aus dem Herzen gesprochen. Verlangt wird, dass einer ausgewählten Gruppe von systemrelevanten Berufen ein Bonus gesprochen wird. Aufgezählt werden vor allem soziale Berufe. Systemrelevant war aber auch die ganze Logistik-Branche, das hat die Motionärin in ihrem Votum dann auch noch erwähnt. Der Bau- und Energiesektor, die Polizei und das Bankenwesen haben weitergearbeitet. Die Liste an Beschäftigten, die auch während der Pandemie gearbeitet haben, teilweise im Homeoffice, auch ich – ich wäre wohl nicht systemrelevant gemäss der Liste, wenn wir hier abstimmen würden, aber auch ich habe gearbeitet, auch meine Kollegen haben gearbeitet, ganz viele haben gearbeitet ...

Jetzt soll ein kleiner Teil dieser Leute einen Bonus aus der Kantonskasse bekommen. Was ist mit den anderen? Was ist denn mit den Pflegenden und Betreuenden, die nicht in einem Kantonsspital arbeiten, sondern in einer privaten Einrichtung? Es ist absolut stossend, dass gerade im Spitalwesen die Lohnschere zwischen den verschiedenen Berufen gigantisch ist. Auch dass der Lohn der Lehrpersonen je nach Stufe nicht angemessen ist, haben wir hier schon oft diskutiert. Das sind strukturelle Probleme, die man ganz grundsätzlich angehen muss. Ein einmaliger Bonus an ausgewählte Gruppen löst dieses Problem überhaupt nicht, und es wäre einfach nur unfair gegenüber all den anderen Beschäftigten, die während Corona ihre Leistungen ebenso erbracht haben. Man darf nicht vergessen, dass vor allem Leute in der Privatwirtschaft ihren Job weiter ausgeführt haben. Die Unternehmen, die Arbeitgeber, haben Massnahmen getroffen, damit man arbeiten kann. Man hat eine Homeoffice-Infrastruktur aus dem Boden gestampft, man hat Plexiglaswände montiert, man hat alles dafür getan, damit das Geschäft weiterlaufen kann. Aber auch die, die zu Hause waren, waren systemrelevant: Sie haben nämlich ihre Kinder unterrichtet oder versucht, sie zu unterrichten. Sie haben Nachbarn geholfen, sie haben Eltern geholfen. Diese Corona-Pandemie hat uns als Gesellschaft getroffen, und jeder hat seinen Beitrag geleistet, damit das System funktioniert hat. Jetzt: Wie zahlen wir diesen Bonus? Haşim Sancar, wir von den Grünliberalen werden an der Steuerstrategie festhalten und Steuern senken wollen. Davon profitiert nämlich jeder. Man kann es auch als Bonus anschauen, wenn man eine etwas tiefere Steuerrechnung bekommt und vom Staat etwas zurückbekommt dafür, dass man seine Leistung erbracht hat, damit das System läuft. Die Grünliberalen werden diesen Vorstoss ablehnen.

Samuel Kullmann, Thun (EDU). Wir haben hier im Kanton Bern etwa ein Budget von 12 Mrd. Franken, Einnahmen und Ausgaben. Ich muss Ihnen sagen, ich würde eigentlich lieber 24 Mrd. ausgeben: dort ein wenig Geld, hier ein wenig Geld ... Ich glaube, man könnte ganz, ganz, ganz viel Gutes tun, und man hätte sicher auch ein gutes Gefühl dabei. Nur: Wenn man dann bedenken

muss, dass die Einnahmenseite eigentlich gleich sein sollte wie die Ausgabenseite, dann ist dieses gute Gefühl vielleicht schnell vorbei. Man kann es natürlich machen, wenn man zum Beispiel die USA anschaut, die innerhalb von einigen Monaten etwa 5000 Mrd. US-Dollar mehr Schulden gemacht haben, die die Währung à gogo am Entwerten sind, die Geld am Drucken sind ... Ja, das kann man auch machen. Man kann auch ein Defizit von 4500 Mrd. einfahren gegenüber Staatsausgaben von 6500 Mrd., das sind alles Optionen. Das kann man machen. Die Frage ist: Wie sinnvoll ist das? Beim Lesen des Vorstosses ist mir auch aufgefallen, dass dies eben eher wie eine linke Klientel-Politik rüberkommt, denn das, was wirklich systemrelevant ist, wurde doch etwas einseitig dargestellt. Mir haben zum Beispiel die landwirtschaftlichen Berufe gefehlt oder auch Aspekte von Steuerzahlerinnen, Steuerzahlern. Diese sind auch systemrelevant, gerade jene, die viele Steuern abdrücken. Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen, sind sehr systemrelevant, und auch für diese braucht es gute Bedingungen. Sie sehen: Es ist ein diffiziles Gleichgewicht, das wir hier zu halten versuchen und das immer eine Herausforderung ist. Ich glaube, wir alle würden in bestimmten Bereichen gerne mehr ausgeben, aber wir müssen uns auch immer wieder fragen: Was ist finanzpolitisch verantwortbar?

Sie entnehmen es meinen Überlegungen, wobei ich hier auch für die Fraktion spreche: Wir werden den Vorstoss in allen Punkten ablehnen.

Andreas Michel, Schattenhalb (SVP). Kurzzeitig waren in den Corona-Spitzenzeiten zahlreiche Intensivbetten voll besetzt, einerseits mit – allerdings abnehmenden – Notfällen und andererseits mit einer zunehmenden Zahl an Corona-Patienten, die aufwendiger zu betreuen waren als erwartet. Die vielfach zu kleinen Betreuungsteams in den Intensivstationen wurden überdurchschnittlich belastet. Auf Abteilungen, auf denen man Patienten nicht heimschicken konnte und dafür risikobelastete Mitarbeitende daheim geblieben sind, haben sich, vor allem vor dem Hintergrund der ausgesetzten arbeitsrechtlichen Massnahmen, auch ausserordentliche Einsatzzeiten ergeben. Die Betroffenen können sich unserer Wertschätzung sicher sein.

Zur gleichen Zeit hatten aber wegen des Verbots der elektiven Eingriffe in den fast gleichen Berufsgruppen oder der gleichen systemrelevanten Berufe viele Beschäftigte nichts, ja gar nichts zu tun. Nicht den Mitarbeitenden, aber den Betrieben entstanden aufgrund der nicht benötigten Vorhalteleistungen wegen des Hygienematerials Zusatzkosten. Dass es nicht noch kritischer geworden ist, wie ursprünglich befürchtet, ist grundsätzlich sehr erfreulich. Dieses Beispiel, bezogen auf das Gesundheitswesen, zeigt, wie genau man hinschauen muss, um die von Covid stark Betroffenen und die nicht Betroffenen auseinanderhalten zu können. Ganz unabhängig davon ist – auch von der Motionärin – unbestritten, dass praktisch in allen Branchen und Berufsgruppen, bei den Lebensmittelverkäuferinnen, bei den Kehrrichtentsorgern, bei den Lastwagenchauffeuren und so weiter und so fort ... Kurz: Es gab Arbeitnehmende, die systemrelevant sind oder von den behördlichen Corona-Massnahmen übermässig betroffen waren. Einzelne Beschäftigte aus einer beschränkten Anzahl Branchen jetzt herauszuziehen und sie erstens mit einem Bonus, zweitens mit einer Erhöhung von Lohn und Anstellungsbedingungen und drittens mit Neueinstufungen und neuen Arbeitsplatzbewertungen zu beglücken, würde weder der Sache noch diesen Beschäftigten gerecht. Unseres Erachtens legt der Regierungsrat ausreichend dar, wieso ein Bonus im Sinne von Ziffer 1 einerseits nicht alle berechtigten Personen, andererseits aber auch unberechtigte Personen erreicht und damit eigentlich nur sehr unbefriedigend umgesetzt werden könnte, ganz abgesehen von den unverhältnismässig hohen Kosten auch in Bezug auf die Umsetzung an sich, die man in Kauf nehmen müsste.

Im Umgang mit den knappen Ressourcen würde ein solcher Bonus von den Bevölkerungskreisen, die unter den Folgen von Covid sehr stark leiden, nicht verstanden. Wie Kollega Kohler vermutet, vermute auch ich, dass die Punkte 2 und 3 der Motion eher ein Werbespot für die Pflegeinitiative sind. Auf der Basis der neuen Gesetzgebungen über die Finanzierung im Gesundheits- und Sozialbereich greift der Kanton nicht mehr direkt auf die verschiedenen Lohnniveaus ein. Es ist eben richtig, wenn sich bei den Arbeitsbedingungen langsam, aber sicher ein von den Sozialpartnern oder auch vom Markt etablierter Lohn durchsetzt. Das bedeutet nämlich, dass alle berechtigten Funktionen – auch die, die nicht im Dunstkreis staatlicher Massnahmen sind – von einer allfälligen Aufwertung und damit Besserstellung profitieren werden. In diesem Sinne lehnt die SVP alle drei Punkte der Motion auch in Form eines Postulats einstimmig ab.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. La tribune est ouverte aux intervenants à titre individuel : Madame la Députée Ammann, vous avez la parole.

Christa Ammann, Bern (AL). Eigentlich müsste man ja zuerst diskutieren, welches System wir hier erhalten wollen, bevor wir dann weitergehen zur Diskussion der Massnahmen. Aktuell unterstützen wir ein neoliberales System, das immer noch an ein unendliches Wachstum auf einem endlichen Planeten glaubt und so unsere Lebensgrundlage an die Wand fährt. Eigentlich liegt ja das Problem dort: Welches System wollen wir, und was in welchem System wäre dann systemrelevant?

Zu Punkt 1, der Forderung nach Boni: Genau diese Forderung entspringt genau gleich einer neoliberalen Logik eines Leistungslohns, und ich lehne Leistungslohne aus Überzeugung ab. Die Schwierigkeiten dieses Systems sind bekannt, und die Effekte, die ein Leistungslohn hat, nicht wünschenswert. Irgendwie amüsiert hat mich bei der Antwort des Regierungsrates, dass auch er nicht weiss, welche Berufe im System, das der Regierungsrat repräsentiert, denn überhaupt relevant sein könnten. Ich meine: Was ist denn das für eine Aussage? Wir sind zwar die Oberrepräsentanten, aber eigentlich haben wir gar keinen Plan, was es braucht, damit unser System funktioniert. Der Punkt 2 und der Punkt 3 hingegen greifen den Kern des Problems auf. Es geht darum, Arbeitsbedingungen zu verbessern, es geht darum, dass man genügend verdienen kann, um in dieser Welt existieren zu können, es geht darum, gewisse Berufe, die zum Wohl der Allgemeinheit beitragen, aufzuwerten, und dementsprechend bitte ich Sie, diese beiden Punkte zu überweisen – und in diesem Sinn auch, dass es eine punktweise Abstimmung gibt.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. L'auteur de la motion souhaite parler avant le gouvernement ? – Après. – Je laisse donc la parole au président du gouvernement : Pierre Alain, tu as la parole si tu veux. – Pierre Alain, excuse-moi, il y a encore une intervenante, qui est arrivée sur le tard : Mme la Députée Kocher, vous avez la parole.

Manuela Kocher Hirt, Worben (SP). Die Motion fordert bessere Löhne und einen Bonus für Angestellte der Pflege, Betreuung, Schule, des Sozialbereichs und der Kinderbetreuung. Ich bin sehr froh, dass Grossrat Michel erwähnt hat, dass diese Berufsgruppen, vor allem die Pflege und Betreuung, die einzigen Berufsgruppen waren, bei denen das Arbeitsgesetz ausgesetzt wurde und wirklich spezielle Leistungen erbracht wurden. Der Regierungsrat lehnt die Motion aus zwei Gründen ab: finanzpolitisch – wegen der Ungleichbehandlung –, und weil die Löhne Sache der Sozialpartner und Leistungserbringer sei. Wir haben gestern hier im Rat erlebt, wie der Grosse Rat die Sozialpartner positionieren will: indem er sie nämlich im Gesetz die sozialen Leistungsangebote (SLG) nicht berücksichtigt und keine GAV-Pflicht verankern will. Wenn schon auf die Sozialpartner abgestützt werden soll, dann bitte so, dass die Rahmenbedingungen auch so sind, dass die Sozialpartner ihre Arbeit machen können – und das können sie nur, wenn Regelwerke wie GAV bestehen. Ich als Vertreterin der Pflege bin von der Antwort des Regierungsrates enttäuscht, weil ich mir ein klares Zeichen, ein Bekenntnis der Regierung zur Arbeit, die meist von Frauen erbracht wird, erhofft hatte. Weil ich gehofft hatte, dass der Regierungsrat erkennt, dass die Löhne in einigen dieser Berufe, speziell in der Pflege, zu tief sind; zu tief nicht nur im Vergleich mit der Verantwortung und mit dem Risiko, das mit der Berufsausübung einhergeht, sondern zu tief, weil die Lohnentwicklung durch Gehaltsklassenänderung – ich erinnere an die Abschaffung der Erfahrungsstufen und an einen weiteren Schritt, an die Halbierung der Gehaltsklassenaufstiege und den fehlenden Teuerungsausgleich während mehrerer Jahre – in diesen Bereichen einfach hinterher hinkt.

Ich bin auch enttäuscht von der Art und Weise, wie der Regierungsrat die Kosten für einen Bonus berechnet. Es wäre ein Einfaches für die Arbeitgeber, die Dienstpläne zu erheben und zu schauen, wer wie viel gearbeitet hat und wer mehr gearbeitet hat, als es das Arbeitsgesetz eigentlich zulassen würde. Die Boni könnte man also sehr gut leistungsbezogen nach Stellenprozenten ausrechnen. Aber so weit sind wir noch nicht. Es braucht jetzt den Grossen Rat, der ein Zeichen setzt, im Bewusstsein, dass er mit dieser Motion nicht alle, die geholfen haben, die Krise zu meistern, berücksichtigt, aber doch einen grossen Teil, der über die normale Arbeitsbelastung hinaus ein Gesundheitsrisiko auf sich genommen hat – und diese verdienen mehr als Applaus. Ich unterstütze die Motion, auch als Postulat.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. Je ne vois plus personne d'inscrit sur la liste des intervenants. Je laisse donc la parole au président du gouvernement.

Pierre Alain Schnegg, directeur de la santé, des affaires sociales et de l'intégration. Comme le gouvernement le mentionne dans sa réponse, qui d'ailleurs est en partie reprise de la motion 104-2020 que vous aurez également l'occasion de traiter durant cette session, le versement d'un

bonus aux 100'000, approximativement, personnes qui pourraient rentrer en ligne de compte sur la base de ce qui a été mentionné dans ces deux motions, générerait une dépense supplémentaire pour le canton d'environ 100 millions de francs. Comme cela a déjà été mentionné, il est bien clair que toutes les personnes n'ont pas été touchées de la même manière, certaines personnes n'ont même pas pu travailler durant cette période, d'autres ont été mis à grande contribution.

Je tiens ici à relever que les financements dans les domaines concernés sont des financements qui ont été, pour la plupart, mis sur pied au niveau national et où le Conseil-exécutif respectivement le canton ne s'immisce pas directement. Si nous prenons le domaine hospitalier, le mode de financement est régi par le système des DRG (Swiss Diagnosis Related Groups [SwissDRG]) et du Tarmed. La négociation de ces tarifs revient aux partenaires tarifaires, à savoir aux assureurs et aux prestataires de service. Le Conseil-exécutif, le canton, n'intervient pas dans ces négociations, il est tout au plus appelé à valider les tarifs, respectivement à fixer un tarif si les partenaires tarifaires ne sont pas d'accord entre eux. Lorsqu'un canton fixe un tarif, en règle générale, on sait très bien qu'il est attaqué au niveau juridique.

Pour ce qui est du long séjour, du handicap, nous avons des modèles de financement qui sont différents, qui fixent des tarifs pour les soins comme pour l'hôtellerie, qui fixent des montants minimaux. Pour certains, nous avons une responsabilité de financement résiduel et là, bien entendu, le canton adapte le montant de sa subvention à la croissance de la masse salariale qui est arrêtée par le Conseil-exécutif, validée ensuite par le Grand Conseil chaque année. Je tiens ici également à souligner le fait que cette augmentation salariale est prise en charge à 100 pour cent par le canton, même si le canton n'est qu'un payeur résiduel. Mais aucun de ces montants n'est actuellement pris en charge par les autres payeurs. Pour ce qui est de l'accueil extra-familial, nous connaissons le système du subventionnement des places actuellement, nous allons passer au système des bons de garde et le canton n'interviendra bien entendu plus directement dans la fixation des tarifs. Pour ce qui est du domaine scolaire, je vous rappelle aussi que le Conseil-exécutif a décidé l'an dernier de relever d'une classe de traitement les salaires du corps enseignant de l'école enfantine et du degré primaire à compter du 1^{er} août 2020.

Il serait extrêmement dangereux que le canton s'immisce dans un débat qui n'est pas celui qu'il doit mener. Il est bien clair que les institutions sont, elles, totalement libres de verser un éventuel bonus ou une éventuelle prime à leur personnel. Certaines institutions le font, c'est leur libre choix. C'est dans leur domaine de compétence et nous devons laisser ce domaine de compétence là où il se trouve actuellement.

Pour terminer, j'aimerais également mentionner deux points : tout d'abord, le canton de Berne a rapidement pris des mesures pour garantir la pérennité des institutions, tant dans le domaine de la santé que dans celui de la petite enfance et que nous l'avons fait bien avant que la Confédération ou d'autres cantons trouvent des solutions. Je tiens également à relever, comme dernier point, que de nombreuses institutions – que nous finançons par les modèles que je viens de mentionner – génèrent des bénéfices nets en fin d'année. C'est à elles d'utiliser, si elles le désirent, une partie de ces bénéfices pour leur personnel, comme cela se fait dans toutes les autres branches. Merci de votre attention, le gouvernement vous invite à rejeter cette motion et je vous invite également à la rejeter sous une éventuelle forme de postulat.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. La parole est à présent à l'auteure de la motion, Mme la députée Imboden.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Die Debatte lässt mich etwas ratlos zurück. Wenn ich höre: «Libre choix», «wir sind nicht zuständig», «falscher Ansatz», ja, dann frage ich Sie: Welches ist denn der richtige Ansatz? Wenn ich sehe, dass die FDP Schweiz an diesem 20. März getwittert hat: «Die Schweiz sagt DANKE an alle, die in dieser Krise an der Front stehen: Ärztinnen, [...] Kinderbetreuerinnen, Polizistinnen, [...] Verkäuferinnen, [...] Helden des Alltags: Bravo und DANKE.» Das Gleiche hat auch die SVP Schweiz gemacht, auch der Kanton Bern hat an diesem Tag gedankt und zum Ausdruck gebracht, wie wichtig diese Arbeit ist; die Insel hat es gemacht, alle, die ganze Bevölkerung, sehr breit getragen, an diesem Tag haben es alle gemacht. Und plötzlich, heute, ist wieder niemand mehr zuständig. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe es gesagt: Es ist nicht einfach, wie man das Thema anpackt, das ist uns sehr bewusst, aber einfach den Kopf in den Sand zu stecken, löst das Problem nicht.

Vielleicht noch zwei, drei Dinge zu dem, was Vorredner und Vorrednerinnen gesagt haben. Ja, Kollegin Kohler, was wir hier machen, ist die beste Werbung für die Pflegeinitiative, tatsächlich! Das

zeigt nämlich genau, wie wichtig das Anliegen ist, dass man hier einen Schritt vorwärtskommt, wenn der Grosse Rat das Gefühl hat, er sei nicht zuständig. Und Sie haben selber gesagt: Es ist ein populäres Anliegen. Ja, jene in den betroffenen Branchen, die tiefe Löhne haben, wissen eben, was das Problem ist. Die BDP hat gesagt: Es ist der falsche Ansatz. Vielleicht kommt von Ihrer Seite ein Vorschlag, wie man denn dem Pflegepersonal hilft. Vielleicht ist dies dann Ihre Unterstützung für die Pflegeinitiative. Das würde sicher einen Schritt weiterhelfen.

Es ist auch nicht so, dass wir die Einzigen sind, die diese Frage diskutieren. Der Kanton Neuenburg, der die gleichen Gesetzgebungen hat wie der Kanton Bern, also jedenfalls auf nationaler Ebene, hat im März einen «crédit urgent extraordinaire» von 3,6 Mio. Franken für das Pflegepersonal beschlossen. Also: Es geht, wenn man will. In anderen Ländern, in England, in Deutschland, hat das Pflegepersonal durch diese Krise eine Verbesserung der Löhne bekommen. Ich glaube, wenn man will, findet man einen Weg, und auch Definitionen und Abgrenzungen – das habe ich gesagt: Man kann das genauer definieren. Das ist möglich, glaube ich, wenn man hier den Prozess in Gang setzt und das anpacken will. Es wurde von der EVP gesagt, dass man den Punkt 3 unterstützt. Ich werde daher die vorliegende Motion in ein Postulat wandeln und Sie bitten, punktweise abzustimmen, damit man das hier machen kann. Mir ist durchaus klar, dass ein Bonus einmalig ist und dass es noch schwieriger ist, dies bis Ende Jahr anzupacken, aber wie andere Unternehmungen ja gezeigt haben, ist es möglich, wenn man es will. Wichtig ist wirklich, glaube ich, dass wir es anpassen, denn die Pflegeinitiative steht vor der Tür, und ich glaube: Das Anliegen ist populär, Applaus reicht eben wirklich nicht.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. L'auteure de la motion a transformé son intervention en postulat et demandé le vote point par point. Nous allons donc passer au vote : les députés qui acceptent le point 1 du postulat votent oui, celles et ceux qui le rejettent votent non.

Abstimmung (2020.RRGR.120; Ziff. 1; als Postulat)

Vote (2020.RRGR.120 ; ch. 1 ; sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 49

Nein / Non 95

Enthalten / Abstentions 2

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. Vous avez rejeté le premier point en postulat par 95 voix contre 49 oui et 2 abstentions.

Les députés qui acceptent le point 2 du postulat votent oui, celles et ceux qui le rejettent votent non.

Abstimmung (2020.RRGR.120; Ziff. 2; als Postulat)

Vote (2020.RRGR.120 ; ch. 2 ; sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 53

Nein / Non 97

Enthalten / Abstentions 1

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. Vous avez également rejeté le point 2 par 97 non contre 53 oui et 1 abstention.

Les députés qui acceptent le point 3 comme postulat votent oui, celles et ceux qui le rejettent votent non.

Abstimmung (2020.RRGR.120; Ziff. 3; als Postulat)
Vote (2020.RRGR.120 ; ch. 3 ; sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 63

Nein / Non 87

Enthalten / Abstentions 1

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. Vous avez également rejeté le point 3 comme postulat par 87 non contre 63 et 1 abstention. Et je redonne le micro au président.

Der Präsident, Stefan Costa, übernimmt wieder den Vorsitz. / Le président, Stefan Costa, reprend la direction des délibérations.

Resultate der Wahlgeschäfte der Herbstsession 2020 (Richter/-innen) Résultats des élections de la session d'automne 2020 (juges)

Präsident. Bevor wir mit der Traktandenliste weiterfahren, komme ich zur Verkündigung der Wahlresultate.

*Geschäft 2020.RRGR.261, Wahl eines Mitglieds für das Verwaltungsgericht, sozialversicherungsrechtliche Abteilung, mit Beschäftigungsgrad 100 %, für die Amtsdauer bis 31.12.2022 /
Affaire 2020.RRGR.261, élection d'un ou d'une juge du Tribunal administratif, Cour des assurances sociales (100 %), pour la période de fonction jusqu'au 31.12.2022*

Bei 157 ausgeteilten und 157 eingegangenen Wahlzetteln, in Betracht fallend 157, wird mit einem absoluten Mehr von 79 gewählt:

Bulletins distribués : 157, bulletins rentrés : 157, bulletins entrant en ligne de compte : 157, majorité absolue : 79. Est élue :

Mauerhofer Katharina mit 88 Stimmen / par 88 voix.

Bähler Bruno erhielt 68 Stimmen / obtient 68 voix.

*Geschäft 2020.RRGR.262, Wahl einer oder eines Vorsitzenden deutscher Muttersprache für die regionalen Schlichtungsbehörden, mit Beschäftigungsgrad 100 %, für die Amtsdauer bis 31.12.2022 /
Affaire 2020.RRGR.262, élection d'un ou d'une président-e germanophone d'autorité régionale de conciliation (100 %), pour la période de fonction jusqu'au 31.12.2022*

Bei 157 ausgeteilten und 157 eingegangenen Wahlzetteln, in Betracht fallend 144, wird mit einem absoluten Mehr von 73 gewählt:

Bulletins distribués : 157, bulletins rentrés : 157, bulletins entrant en ligne de compte : 144, majorité absolue : 73. Est élu :

Sieber Reto mit 139 Stimmen / par 139 voix.

*Geschäft 2020.RRGR.263, Wahl einer oder eines Vorsitzenden deutscher Muttersprache für die regionalen Schlichtungsbehörden, mit Beschäftigungsgrad 60 %–70 %, für die Amtsdauer bis 31.12.2022 /
Affaire 2020.RRGR.263, élection d'un ou d'une président-e germanophone d'autorité régionale de*

conciliation (60 % à 70 %), pour la période de fonction jusqu'au 31.12.2022

Bei 157 ausgeteilten und 157 eingegangenen Wahlzetteln, in Betracht fallend 157, wird mit einem absoluten Mehr von 79 gewählt:

Bulletins distribués : 157, bulletins rentrés : 157, bulletins entrant en ligne de compte : 157, majorité absolue : 79. Est élue :

Kämpfen Iris mit 79 Stimmen / par 79 voix.

Blum Stefanie erhielt 77 Stimmen / obtient 77 voix.

Geschäft 2020.RRGR.245, Wahl von 3 Fachrichterinnen oder Fachrichtern deutscher Muttersprache in arbeitsrechtlichen Streitigkeiten für die regionalen Schlichtungsbehörden, für die Amtsdauer bis 31.12.2022 /

Affaire 2020.RRGR.245, élection de 3 juges germanophones d'autorité régionale de conciliation spécialisé-e-s dans les litiges relevant du droit du travail, pour la période de fonction jusqu'au 31.12.2022

Bei 157 ausgeteilten und 157 eingegangenen Wahlzetteln, in Betracht fallend 157, werden mit einem absoluten Mehr von 79 gewählt:

Bulletins distribués : 157, bulletins rentrés : 157, bulletins entrant en ligne de compte : 157, majorité absolue : 79. Sont élues :

Abegg-Kuhn Ursula mit 157 Stimmen / par 157 voix.

Fischer Viviane Claude mit 157 Stimmen / par 157 voix.

Weber Ursina mit 157 Stimmen / par 157 voix.

Geschäft 2020.RRGR.247, Wahl einer Fachrichterin oder eines Fachrichters deutscher Muttersprache in Streitigkeiten nach dem Gleichstellungsgesetz für die regionalen Schlichtungsbehörden, für die Amtsdauer bis 31.12.2022 /

Affaire 2020.RRGR.247, élection d'un juge ou d'une juge germanophone d'autorité régionale de conciliation spécialisé-e dans les litiges relevant de la loi sur l'égalité, pour la période de fonction jusqu'au 31.12.2022

Bei 157 ausgeteilten und 157 eingegangenen Wahlzetteln, in Betracht fallend 157, wird mit einem absoluten Mehr von 79 gewählt:

Bulletins distribués : 157, bulletins rentrés : 157, bulletins entrant en ligne de compte : 157, majorité absolue : 79. Est élue :

Weber Ursina mit 157 Stimmen / par 157 voix.

(Applaus / Applaudissements)

Präsident. Ich habe mir versichern lassen, dass mehrmals nachgezählt wurde, weil es bei der dritten Wahl ein sehr knappes Resultat war.

Vereidigung / Assermentation

Präsident. Wir kommen zur Vereidigung der Verwaltungsrichterin, Frau Katharina Hofer. Ich bitte Frau Hofer, nach vorne zu kommen. Wir schreiten zur Vereidigung, und ich bitte alle anwesenden Personen im Saal und auf der Tribüne, sich zu erheben. – Entschuldigung: Frau *Mauerhofer*. Jetzt habe ich noch den Namen falsch gesagt! – Frau Mauerhofer legt den Eid ab. Ich bitte den General-

sekretär, die Eidesformel in deutscher Sprache vorzulesen. (*Der Generalsekretär liest die Eidesformel in deutscher Sprache vor. / Le secrétaire général du Grand Conseil lit la formule de serment en allemand.*) Ich bitte Frau Mauerhofer, die drei Schwurfinger der rechten Hand zu erheben und mir nachzusagen: «Ich schwöre es.»

Frau Katharina Mauerhofer legt den Eid ab. / Mme Katharina Mauerhofer prête serment.

Präsident. Damit ist die Vereidigung beendet. Sie sind eingesetzt. Ich wünsche Ihnen alles Gute, viel Befriedigung und viel Erfolg in Ihrem neuen Amt. Alles Gute!

(Applaus / Applaudissement)